

### Wege zur Wiedervereinigung

Die stets sehr lesenswerte, erfreulich unabhängige Monatsschrift *Außenpolitik* (10) hat Prof. *Carlo Schmid* aufgefordert, „einige Gedanken zur Außenpolitik der nächsten Zeit“ zu äußern. Carlo Schmid geht davon aus, daß die Wiedervereinigung die Hauptaufgabe der deutschen Außenpolitik sei und sagt dann mit aller Deutlichkeit, daß dieses Problem nicht isoliert, sondern nur im Zuge einer von der Bundesrepublik geförderten Weltpolitik der Entspannung und der Abrüstung zu lösen sei. Es lohnt sich, die wichtigsten Sätze im Wortlaut wiederzugeben:

„Das Grundinteresse der Deutschen ist die Aufhebung der Spaltung Deutschlands — nicht nur, weil dies die Rückführung siebzehn Millionen Deutscher in ein menschenwürdiges Leben bedeutet, sondern auch, weil ohne die Beseitigung dieser Spaltung ganz Europa gespalten bleibt und darüber hinaus eine der haupt-

sächlichsten Ursachen der unerträglichen Versteifung der weltpolitischen Situation nicht beseitigt werden kann. Nun hat aber die Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands in erster Linie strategische Gründe: Die Machtblöcke, in die die Welt zu ihrem Unglück aufgespalten ist, halten beide auf deutschem Gebiet strategische Positionen besetzt und politische Pfänder fest. Beides werden sie nicht aufgeben, solange der kalte Krieg dauert. Wer die Spaltung Deutschlands aufheben will, muß also in erster Linie seinen Teil dazu beitragen, die Ursachen gegenstandslos zu machen, die den kalten Krieg noch aufrechterhalten.

Das bedeutet, daß zunächst einmal soviel Spannungselemente als möglich beseitigt werden müssen, und dies so rasch als möglich und überall in der Welt. So müßte die Bundesrepublik so bald als möglich normale diplomatische Beziehungen zu Staaten aufnehmen, von denen zum mindesten einige mit allzuviel Hochmut und Geringschätzung Satellitenstaaten genannt werden. Das könnte vielleicht mit dazu beitragen, daß einige dieser Staaten aufhören könnten, zu glauben, sie hätten Freunde nur in Moskau. Ein solcher Wandel der Überzeugung

aber könnte einiges zur Lockerung des Blocksystems beitragen, das gegenwärtig so gut wie jede Art von Diplomatie wirkungslos macht.

Weiter müßte die Bundesrepublik sich bemühen, Deutschland militärisch uninteressant zu machen, denn je interessanter es militärisch gemacht wird, desto interessanter wird es für die Mächte sein, die in Deutschland Truppen unterhalten, ihre Pfänder festzuhalten . . .

Dies setzt aber voraus, daß die Bundesrepublik jeden Versuch, die Abrüstungsverhandlungen voranzutreiben, fördert und darüber hinaus eigene Initiative auf diesem Feld ergreift. Die Chance des Gelingens deutscher Initiativen wird um so größer sein, je glaubwürdiger die Bundesrepublik zum Ausdruck bringt, daß sie an Rüstungen von weltstrategischer Bedeutung nicht interessiert ist. Es wird zu häufig übersehen, daß eine Wiedervereinigungspolitik keinerlei Aussicht hat, solange nicht die Mächte in der Abrüstungsfrage ein wesentliches Stück weitergekommen sein werden . . .

Nun setzen aber Entspannung, Abrüstung, Wiedervereinigung — drei Seiten eines und desselben Grundproblems — voraus, daß man die Wichtigste der Kontroversen, deren verschiedene Beurteilung die Mächte trennt, zum Gegenstand der Verhandlungen macht, statt sie wie bisher aus den Verhandlungen auszuklammern. Diese Kontroverse betrifft den politischen und militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschlands. Ohne eine Einigung der vier Mächte, die in Deutschland Truppen unterhalten, und der Deutschen über diesen Status eines künftigen Gesamtdeutschlands wird die Wiedervereinigung nicht zu haben sein, da keine der Mächte den Weg für die Wiedervereinigung freigeben wird, solange das Risiko besteht, daß eine gesamtdeutsche Regierung das gesamtdeutsche Potential dem politischen und militärischen Potential der Gegenseite zubringt. Das ist für uns Deutsche sehr bedauerlich, aber leider die Logik der Tatsachen selbst.

Ich bin darum der Meinung, daß alles getan werden sollte, um sobald als möglich in Verhandlungen über diesen Status einzutreten. Gelingt es, zu einer Einigung zu gelangen, dann wird es nicht mehr allzu schwer sein, zu einer wirksamen Abrüstungsvereinbarung zu kommen und das bisherige so verhängnisvolle Blocksystem durch ein, von den Weltmächten garantiertes, europäisches System kollektiver Sicherheit zu ersetzen.“ —

In der „Erklärung zur Wiedervereinigung Deutschlands“, die der DGB im Frühjahr veröffentlichte, war u. a. die Forderung erhoben worden, die Schlüsselindustrien seien in eine gemeinwirtschaftliche Ordnung zu überführen und die in Mitteldeutschland geschaffenen bäuerlichen Eigentumsverhältnisse sollten, allerdings unter Sanierung der Betriebsgrößenstruktur, anerkannt werden. Gegen diese Formulierungen

hat sich die Zeitschrift *Der Arbeitgeber* (5. 10. 1957) mit großer Schärfe ausgesprochen. Das veranlaßt nun *Die Quelle* (November), sich mit aller Deutlichkeit zu diesen für die Verwirklichung der Wiedervereinigung so wichtigen Fragen zu äußern:

„Eine Rückgabe der Volkseigenen Betriebe an die früheren privaten Eigentümer ist schon deshalb nicht möglich, weil die meisten VEB heute nicht mehr mit den privaten Betrieben identisch sind, die früher an derselben Stelle standen . . . Die Betriebe wurden meist neu gegliedert und anders als früher durchorganisiert. Vor allem in den Schlüsselindustrien entstanden neue Stahlwerke, Braunkohlenkombinate usw. Es dürfte nur noch in Ausnahmefällen möglich sein, den früheren privaten Betrieb wiederzuerkennen. Eine Reprivatisierung der großen Betriebe in Mitteldeutschland muß von gewerkschaftlicher Seite aber vor allem auch aus einem anderen Grund abgelehnt werden: Der wirtschaftliche Wiederaufbau in Mitteldeutschland erfolgte unter großen Opfern der mitteldeutschen Arbeitnehmerschaft; er forderte ihren Schweiß und ihr Blut (17. Juni 1953!) . . . Jeder, der sich ernsthaft mit den Problemen der Wiedervereinigung befaßt, dürfte inzwischen erkannt haben, daß die Wiedervereinigung nicht . . . als eine einfache Übertragung der westdeutschen Wirtschaftsordnung auf Mitteldeutschland, als eine automatische Wiedereinsetzung früherer Eigentumsrechte zu erreichen sein wird.“

Abschließend unterstreicht *Die Quelle* mit Recht, daß es auch in Westeuropa Volkswirtschaften mit marktwirtschaftlicher Ordnung gibt, in denen Schlüsselindustrien sich im Gemeineigentum befinden oder verstaatlicht sind, z. B. in England und in Frankreich. Die Argumentation des *Arbeitgeber*, daß die Ersetzung der zentralen Verwaltungswirtschaft des SED-Regimes „logischerweise die Wiedereinführung des Privateigentums“ zur Folge haben müsse, sei also durchaus nicht zwingend.

Eine wichtige Einzelfrage der Bemühungen um die Wiedervereinigung erörtert die in Göttingen erscheinende *Deutsche Universitätszeitung* (Nr. 21) in einem Leitartikel „*Ostabiturienten*“, Die Spaltung Deutschlands habe in den letzten Monaten in unerwartet großem Ausmaß Abiturienten aus der Zone nach West-Berlin und in die Bundesrepublik geführt, wo sie ein Hochschulstudium versuchen wollen, das ihnen in der Zone versagt werde. Werden nun diesen jungen Menschen in der Bundesrepublik „alle Türen geöffnet“? Der Artikel führt den Beweis, daß dies nicht der Fall ist; vielmehr sind Schranken aufgerichtet, die den Ostabiturienten den Zugang zu den westdeutschen Universitäten außerordentlich erschweren, wenn nicht unmöglich machen. Diese Politik hält die *Universitätszeitung* für falsch. Sie fordert die Anerkennung der in der Zone abgelegten Reife-

Prüfungen, also die Zulassung der Ostabiturienten ohne Förderkurse und Vorprüfungen; hierzu werden die folgenden beherzigenswerten Argumente vorgebracht:

„Und damit kommen wir zu dem Gewinn, den wir selbst haben werden, wenn die Ostabiturienten bei uns studieren. Sie haben uns an Aufgeschlossenheit und Erfahrungen oft manches voraus. Ein Schüler, der in der Spannung zwischen den Traditionen des Elternhauses und den Anschauungen des Staates steht, gewinnt eine größere geistige Weite als einer, der sich mit seinem Vater im Streben nach einem angesehenen und gewinnbringenden Beruf einig ist. So brauchen wir die Ostabiturienten, auch wenn sie nicht sehr gut Latein können. Sie können uns die Anschauung zu Begriffen menschlichen Verhaltens geben, die wie ‚Angst‘ und ‚Entscheidung‘ bei uns nur in der dünnen Luft existentialistischer Abstraktionen existieren. Vor allem aber brauchen wir sie zum gegenseitigen Abbau unserer Ideologien, ohne den wir niemals dazu kommen werden, uns als lebendige Menschen gegenüberzutreten.“

Diesem „gegenseitigen Abbau unserer Ideologien“ will auch eine seit diesem Jahr erscheinende Vierteljahrsschrift *Kommunität* dienen, die vom Freundeskreis der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg herausgegeben wird (Berlin-Charlottenburg 2, Jebensstraße 1): „Wie die Evangelische Akademie in Ost und West gleichermaßen wirkt und sich als Brücke zwischen getrennten Teilen versteht, so legt auch der Freundeskreis Wert darauf, die Spaltung Berlins und Deutschlands nicht mit zu vollziehen und seinen Dienst des Gesprächs und der Begegnung über die Grenzen hinweg zu tun.“ In diesem Sinne wird in den bisher vorliegenden vier Heften das in der Evangelischen Akademie begonnene Gespräch in Berichten und Aufsätzen fortgeführt, wobei aktuelle Themen im Vordergrund stehen, wie „Ist der Nationalsozialismus tot?“, „Hitler — oder die unbewältigte Vergangenheit“, „Israel in unserer Welt“, „Der weiße Mann und seine dunkeln Brüder“, „Der Christ in der modernen Arbeitswelt“, „Leben wir in einem Zeitalter der Restauration?“ usw.

## Die Ära der Freizeit hat begonnen

Unter dieses Motto hat die jetzt in Köln (Verlag DuMont Schauberg) erscheinende Zeitschrift *magnum* ihr neuestes Heft (14) gestellt; wir zitieren einige Sätze aus dem Leitartikel:

„Die Ära der Freizeit ist die bedeutendste Sozialrevolution seit 1789. Hat jene gegen die Privilegien der adeligen und bevorrechteten Müßiggänger sich gewandt, so hat die neue Sozialrevolution uns erst den Genuß dieser Privilegien gebracht: wir brauchen nur mehr so viel zu arbeiten, daß uns Zeit und Muße bleibt für ein Leben der menschlichen Daseinsentfaltung ... Das Entscheidende beim Anbruch dieser

neuen Ära ist, daß sie eine gehobene menschliche Existenzform, früher grundsätzlich das Privileg weniger, heute den Massen, das heißt grundsätzlich allen anbietet. Wir sind daran, eine Freizeitgesellschaft zu werden, und unsere gesamte moderne Lebensform, unser Zeitstil, unsere moderne Zivilisation beruht auf der generellen Vermehrung der Freizeit. Sie ist die eigentliche Signatur unserer Epoche. Daher ist jede Tendenz, die gegen die Vermehrung der Freizeit sich richtet, ein Angriff auf die moderne Lebensentwicklung überhaupt. . .

Freilich werden wir einige begriffliche Umstellungen hinsichtlich der Arbeit vornehmen müssen. Arbeit ist an sich nichts Sittliches. Sittlich kann nur der Mensch sein, und zwar sowohl bei der Arbeit wie in der Muße. Gewisse Resentiments, deren theologische Herkunft uns gar nicht mehr bewußt ist, müssen wir abstreifen. Der Sinn unserer Existenz liegt nicht bloß in den Stunden unserer Arbeitszeit, er liegt im ganzen Leben und kann gerade in dem freien Raum einer uns persönlich verfügbaren Zeit immer mehr erfüllt werden, eine je reichere Auffassung wir von unserer Existenz gewinnen . . . Wir können daher nur hoffen, daß die Entwicklung weitergeht und uns noch mehr Freizeit geschenkt wird.“

In diesem Geist sind dann eine Reihe interessanter Aufsätze gehalten, z. B. „Kapital Zeit“ von Barbara Klie, „Kleine Geschichte der Freizeit“ von Albrecht Timm, „Die neue Freizeit-Gesellschaft“ von Walther Tritsch, „Die kranken Fetische“ von Clara Menck, „Von deutscher Tüchtigkeit“ von Paul Schallück und „Italien organisiert die Freizeit“ von Sante David. Im zweiten Teil des wieder großartig illustrierten Heftes werden dann Probleme der modernen Malerei (Picasso), Musik und Literatur in Wort und Bild ungemein anregend behandelt.

Recht interessante Gesichtspunkte zum Thema „Die politische Bedeutung der Freizeit“ entwickelt Gilbert Corman O.P. in Heft 90 der in München erscheinenden Monatsschrift *Politische Studien*. Von den konkreten Forderungen des Verfassers sei hervorgehoben: „Freizeit braucht eine entsprechende Raumplanung und Siedlungspolitik. Wir brauchen neue Städte ... Raumplanung, Siedlung, Familie und Freizeitwelt hängen eng zusammen; und sie sind schicksalhaft an die Bedingungen der Politik gekettet. Hier liegt der entscheidende Hebel, an dem die soziale, kulturelle und auch religiöse Hebung des gesamten Lebensniveaus einsetzen kann ... Die kommende Freizeitwelt braucht die Lösung des Problems: Lebensraum für die Familie, die der Lebenskreis ist, in der der von der physischen Schinderei befreite Mensch der drohenden nervösen Erschöpfung in der inneren Leere entgeht. Die Revolution der Roboter stellt die Sorge um das einträchtige und friedliche Beieinanderleben der Menschen vor neue Aufgaben. Was ist Politik anders als diese Sorge?“

Dr. Walter Fabian